

**4353/AB**  
vom 26.01.2021 zu 4366/J (XXVII. GP)  
**bmi.gv.at**

 Bundesministerium  
Inneres

Karl Nehammer, MSc  
Bundesminister

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.835.436

Wien, am 26. Jänner 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete Hannes Amesbauer und weitere Abgeordnete zum Nationalrat haben am 26. November 2020 unter der Nr. **4366/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Massenflucht auf die Kanaren“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 9:**

- *Wurden Sie seitens der spanischen Regierung bzw. Ihres spanischen Amtskollegen über die Entwicklungen der zunehmenden Migrationsströme in Richtung kanarische Inseln informiert?*
- *Wenn ja, wann war dies der Fall?*
- *Wenn ja, in welcher Form wurden Sie informiert?*
- *Wenn ja, welche Daten, Zahlen und Informationen haben Sie erhalten?*
- *Wenn ja, war dieser Information auch ein Ersuchen um Hilfestellung oder ähnliches enthalten bzw. wenn dem so ist, was war der genaue Inhalt?*
- *Wurde auf Ebene des EU-Rates bereits über eine etwaige Verschiebung der Migrationsrouten in Richtung der kanarischen Inseln beraten?*
- *Wenn ja, wann war dies der Fall?*
- *Wenn ja, welche Daten, Zahlen und Grundlagen wurden in diesen Zusammenhang besprochen?*

- *Wenn ja, wie will man auf dieser Ebene dieser Entwicklung begegnen?*

Auf EU-Ebene findet in unterschiedlichen Gremien ein regelmäßiger Austausch über die aktuelle Migrationssituation bzw. Entwicklungen entlang von Migrationsrouten statt. Es werden alle Haupt-Migrationsrouten und aktuelle Entwicklungen beobachtet.

Ein starker Anstieg der irregulären Ankünfte auf den Kanarischen Inseln im Jahr 2020 wurde dabei mehrere Male thematisiert. Im Rahmen der JI-Referentensitzung Migrationssituation am 17.11.2020, 14.09.2020, 10.07.2020, 19.06.2020 und 14.05.2020, im Rahmen der informellen SCIFA Sitzung am 23.11.2020 sowie bei der informellen Videokonferenz der EU Innenminister und Innenministerinnen am 13.11.2020 informierte Spanien über die aktuelle Situation auf den kanarischen Inseln und äußerte Besorgnis über den starken Anstieg der Ankünfte.

Die Europäische Kommission hat am 23. September 2020 das Paket für Migration und Asyl vorgelegt. Mit dem Paket wird ein umfassender Ansatz im Migrations- und Asylbereich angestrebt, der unterschiedliche Aspekte wie etwa Kooperation mit Drittstaaten, Außengrenzschutz und Rückkehr miteinander verbindet. Derzeit finden in unterschiedlichen EU-Gremien Beratungen über das Paket statt.

#### **Zur Frage 10:**

- *Welche sonstigen Informationen liegen Ihnen betreffend einer Verschiebung der Migrationsrouten in Richtung kanarische Inseln im Detail vor?*

Insgesamt verzeichnet Spanien im Jahr 2020 (bis zum 29.11.2020) 37.137 Ankünfte, davon 35.582 Anlandungen (95,8%). Von den Gesamtanlandungen entfallen 19.492 auf jene auf den Kanarischen Inseln (54,8%), davon wurden alleine im Oktober 2020 47% der Ankünfte registriert. Im Jahr 2019 wurden insgesamt 26.168 Anlandungen in Spanien registriert, davon 2.698 auf den Kanarischen Inseln. Insgesamt liegt die prozentuelle Veränderung bezüglich der Ankünfte auf den Kanarischen Inseln zum Jahr 2019 (im Zeitraum KW01-48) bei +883,5%.

Seit Anfang April 2020 lässt sich ein deutlicher Anstieg entlang der Atlantik-Route erkennen. So wurde bereits mit Ende Juni 2020 das Vorjahresniveau hinsichtlich der Ankünfte auf den Kanarischen Inseln überschritten. Rückführbar sind diese Anstiege auf die verstärkten Abfahrten aus Südmarokko, infolge einer Dürreperiode in Subsahara-Afrika. Zudem kam es ebenso zu einer Ausweichbewegung von Nord- nach Südmarokko, unter anderem bedingt durch die höheren Schmuggelgebühren aufgrund verstärkter

Kontrollen der marokkanischen Behörden im Norden Marokkos. Die kurzzeitige Steigerung des Transfervolumens von den Kanarischen Inseln zum spanischen Festland stellt einen weiteren Pull-Faktor dar. Aufgrund der – wegen der COVID-19-Pandemie – ausgesetzten Rückführungsabkommen mit Algerien und Mauretanien kommt es zu einem zusätzlichen Anstieg der Überfahrtsversuche, welcher auch weiterhin bis zur Wiedereinsetzung anhalten wird. Zudem stellt auch die schlechte wirtschaftliche Lage in den westafrikanischen Staaten einen weiteren bedeutenden Migrationsfaktor dar. Allgemein liegen die Ablegehäfen zumeist in der Westsahara, Marokko oder Mauretanien, aber auch im Senegal. Die Kanarischen Inseln sind insbesondere von Ankünften von Staatsangehörigen aus Marokko, Mali und dem Senegal betroffen. Im Zuge der hohen Anlandungszahlen sind die Aufnahmekapazitäten gänzlich ausgelastet, weshalb nun alte Kasernen zu Migrationszentren umfunktioniert werden.

Das spanische Innenministerium hat unter dem Eindruck dieser Entwicklung seine Pläne zur Wiederaufnahme von Rückführungsaktivitäten bekräftigt, die durch die COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Grenzschließungen seit März 2020 eingestellt worden sind. Aus diesem Grund sind Besuche des spanischen Außen- und Innenministers zeitnahe in den Senegal sowie nach Marokko geplant. Diese Strategie wird auch von der Europäischen Kommission unterstützt. Innenkommissarin Ylva JOHANSSON bekräftigte die Bemühungen zur verstärkten Rückkehr jener Migrant/innen, die keinen internationalen Schutz benötigen.

**Zu den Fragen 11 bis 14:**

- *Sind österreichische Polizisten auf den kanarischen Inseln?*
- *Wenn ja, weshalb sind diese auf den kanarischen Inseln?*
- *Wenn ja, seit wann?*
- *Wenn ja, welche Daten, Zahlen und Informationen erhalten Sie von diesen?*

Nein.

**Zur Frage 15:**

- *Wie reagieren Sie als Innenminister darauf, dass sich die Migrationsströme in Richtung kanarische Inseln verlagern?*

Das BMI entsendet im Rahmen von FRONTEX vom 24.03. bis 21.04.2021 und vom 16.06. bis 14.07.2021 je einen Polizisten (Debriefer und Registration/Fingerprinting Officer) zur Frontex Joint Operation Canary Islands.

Österreich unterstützt darüber hinaus die gemeinsamen, globalen EU-COVID-19-Reaktionsmaßnahmen unter dem Team Europe Ansatz.

Auf EU-Ebene tritt Österreich für ein EU Asyl- und Migrationssystem ein, das irreguläre Migration in die EU und Sekundärmigration in der EU verhindert, Schlepperei bekämpft, Schutzbedürftigen rasch, am besten schon vor Ort, hilft, durch diese beiden Maßnahmen den Druck auf belastete Mitgliedstaaten verringert und dadurch auch zur Vermeidung menschlicher Tragödien beiträgt.

Es bedarf daher, wie vom Europäischen Rat im Juni 2018 gefordert, Maßnahmen im externen Bereich, an der EU-Außengrenze und im internen Bereich.

Im externen Bereich muss die Kooperation mit Drittstaaten verstärkt werden und EU-Nachbarn müssen im Kampf gegen irreguläre Migration unterstützt werden. An den EU-Außengrenzen tritt Österreich für verpflichtende, umfassende Außengrenzverfahren und einer Stärkung der Maßnahmen zur Verhinderung von Sekundärmigration sowie für rasche Rückführung von Personen ohne Schutzbedarf ein. Im internen Bereich sollen Maßnahmen gesetzt werden, die gegen irreguläre Migration, Druck auf Außengrenzstaaten und menschliche Tragödien helfen. Verpflichtende Relokation oder ähnliche Konzepte führen zu gegenteiligen Effekten und werden daher von Österreich abgelehnt.

Diese klaren Ziele gilt es in den Verhandlungen zu den Kommissionsvorlagen im Bereich Asyl und Migration zu verankern, wofür ich mich mit voller Kraft einsetze.

Karl Nehammer, MSc



